



Bürgerbewegung pro NRW im Rat der Stadt Leverkusen

pro NRW - Postfach 30 08 65 - 51337 Leverkusen

Stadt Leverkusen
Herr Oberbürgermeister
Reinhard Buchhorn
Friedrich-Ebert-Str. 1
51371 Leverkusen

Sandra Kruse

☎ 02171 / 39 49 639

📠 02171 / 39 58 711

Per Email an 1@stadt.leverkusen.de

5. Juni 2012
info@pro-nrw.net

Sehr geehrter Herr OB Buchhorn,

den nachstehenden **Änderungsantrag zur Vorlage 1598/2012** bitte ich unverzüglich auf die Tagesordnung der entsprechenden Gremien zu setzen.

Statt:

Das Konzept des Integrationsrates zur Mittelverwendung wird zustimmend zur Kenntnis genommen. Die Mittel werden um 5000 Euro / jährlich erhöht. Der Sperrvermerk wird aufgehoben.

Beschließen die Gremien:

- Das Konzept des Integrationsrates zur Mittelverwendung wird nicht zustimmend zur Kenntnis genommen.
- Der Integrationsrat ist gehalten, bis zur nächsten Sitzung des Rates Einsparungsmöglichkeiten auszuarbeiten und den entsprechenden Gremien vorzulegen.

Begründung:

Das Konzept des Integrationsrates zur Begründung der Mittelenerhöhung ist schwammig und ohne jede Substanz. Statt weitere Geldforderungen zu erheben, wäre es sinnvoll gewesen anzuführen, welche Arbeitsergebnisse das Gremium mit der bisherigen Mittelzuweisung vorweisen kann. Überdies muss im Konzept deutlich gemacht werden, welche zu erwartende Arbeitsergebnisse angestrebt werden.

Zu den einzelnen Punkten des Konzeptes ist zu sagen:

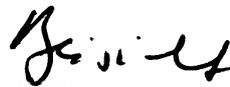
- Die Herausgabe einer Druckzeitung ist im Internetzeitalter verzichtbar. Stattdessen sollte der Integrationsrat die Öffentlichkeitsarbeit im Internet voranbringen. Das ist deutlich kostengünstiger. Über die örtlichen Medien ist zudem eine ausreichende Berichterstattung des Integrationsrates bereits gewährleistet.
- Ein interkulturelles Frühstück, falls gewünscht, kann auf ehrenamtlicher Basis und Spenden eingerichtet werden. Eine zusätzliche Mittelzuweisung dafür ist nicht begründbar.
- Das Gespräch mit Bürgern ist für jeden politisch Verantwortlichen ohnehin eine Selbstverständlichkeit und muss nicht extra finanziert werden.
- Eine stärkere Beteiligung von Künstlern mit Migrationshintergrund ist nicht Sache der Stadt, sondern eine Frage der Beteiligten des kulturellen Lebens und der Zuschauer. Eine Mittelzuweisung für so eine dirigistische Forderung ist abzulehnen.
- Diskussionsabende bedürfen ebenso keiner weiteren Mittelzuweisung sowie Informationsveranstaltungen und eine verstärkte Zusammenarbeit mit dem Landesintegrationsrat.
- Die diversen Veranstaltungen, die im Konzept genannt werden, werden schließlich bereits finanziell bezuschusst.

Aus dem Konzept des Integrationsrates ist nicht zu ersehen, wozu eine Mittelerhöhung beitragen soll. Sie ist deshalb abzulehnen. Stattdessen sollte auch der Integrationsrat in Zeiten knapper Kassen darüber nachdenken, wie er Geld einsparen kann. Ein entsprechendes Konzept ist den Gremien der Stadt unverzüglich zuzuleiten.

Mit freundlichen Grüßen



Sandra Kruse
- Fraktionsgeschäftsführerin -



Markus Beisicht (MdR)
- Vorsitzender -